

Antrag D 3 – BeKo 2004

Herausforderungen einer modernen Drogenpolitik:

Fast alle Aspekte des sogenannten „Drogenproblems“ werden direkt durch die Illegalität von Drogen und der sich daraus ergebenden Konsequenzen verursacht.

Deshalb fordern wir:

-
- Es muss ein staatlich regulierter und kontrollierter, aber legaler Zugang zu **allen** Drogen geschaffen werden. Um Missbrauch vorzubeugen, muss jedeR, der/die eine bestimmte Droge konsumieren möchte, für die betreffende Substanz einen Nachweis über eine eingehende Beratung durch eine speziell ausgebildete Fachkraft erbringen.
- Die präventive Aufklärungsarbeit vor allem an Schulen muss weiter ausgebaut werden. Dabei muss das Aufklären über Risiken und Gefahren des Drogenkonsums im Vordergrund stehen, ohne jedoch eine Abschreckungsstrategie zu verfolgen, die mit Halbwahrheiten und Verfälschung von Fakten potentiellen KonsumentInnen Angst machen soll.
- Die Entwicklung von effektiven und angemessenen Therapieangeboten sollte vorangetrieben werden und jedem sofort zugänglich sein, der Hilfe sucht. Darüber hinaus muss das Angebot an Beratungsstellen massiv verstärkt und möglichst ortsnah an den Abgabestellen eingerichtet werden.
-
- Die Bundesregierung auf, den Beschluss zur Legalisierung von Cannabis des Wiesbadener SPD - Bundesparteitags von 1993 unverzüglich umzusetzen.

Begründung:

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat deutlich gezeigt, dass die repressive Drogenpolitik überhaupt erst zu den gravierenden gesellschaftlich-sozialen und gesundheitlichen „Drogenproblemen“ geführt hat, die wir heute beklagen. Des Weiteren haben die drastisch überzogenen Verbote und die damit verbundenen staatlichen Maßnahmen zu deren Einhaltung das Ziel, den Konsum von illegalen Drogen zu verhindern oder auch nur einzudämmen, fast völlig verfehlt. Es ist nach wie vor praktisch jedem möglich, sich auf dem Schwarzmarkt nahezu jede Droge zu bekommen, die er/sie wünscht – mit all den Risiken und Problemen die mit dem illegalen Handel verbunden sind (unbekannte Dosierung und Reinheit des Stoffes, kriminelles Umfeld, und besonders bei abhängigen Konsumenten problematische unverhältnismäßig hohe Schwarzmarktpreise, sowie die ständige Bedrohung durch staatsanwaltschaftliche Verfolgung, welche auch die soziale Stigmatisierung entscheidend fördert). Gleichzeitig macht die Illegalität von Drogen kriminelle Handlungen wie Schmuggel und Verkauf gestreckter, verunreinigter Stoffe von unbekannter Stärke sowie die finanzielle Ausbeutung Süchtiger überhaupt erst lukrativ bzw. möglich. Die Tatsache, dass der Handel mit illegalen Drogen floriert, zeigt deutlich, dass gerade Verbote nicht verhindern können, dass Drogen aller Art konsumiert werden. Der einzig wirksame Schutz gegen die missbräuchliche und risikoreiche Verwendung von Drogen ist eine umfassende, an wissenschaftlichen Fakten orientierte und ideologiefreie Aufklärung der Bevölkerung über Drogen und aller damit verbundenen gesellschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Themen. Diese Aufklärungsarbeit würde durch den Abbau von Vorurteilen gleichzeitig einen

wichtigen Beitrag zur Integration von DrogenkonsumentInnen in die Gesellschaft leisten. Beratungsgespräche durch eine Fachkraft als Voraussetzung für den Erwerb von staatlich kontrollierten Substanzen sind eine weitere Möglichkeit, der missbräuchlichen Verwendung durch Unwissenheit vorzubeugen. Natürlich kann eine solche Regelung nicht verhindern, dass dies trotzdem geschehen kann; ein Verbot allerdings auch nicht, wobei die vorbeugende Maßnahmen zumindest keine zusätzlichen Probleme schaffen.

Die Repression allein verursacht dem Staat jährlich Kosten in Höhe von ca. 6,5 Milliarden Euro (Quelle: Spiegel). Würde man diese Geldsumme zum Ausbau von Therapieangeboten und Beratungsstellen nutzen, wäre es sicher möglich alle Hilfesuchenden ohne Wartezeiten zu versorgen. Weiterhin würden der organisierten Kriminalität durch die staatlich kontrollierte Abgabe aller Drogen eine der wichtigsten Einnahmequellen entzogen. Eine moderne Drogenpolitik muss die Ausgrenzung der KonsumentInnen beenden und gleichzeitig die aktive Integration fördern.